

GSG Direkt

Das Magazin der GSG OLDENBURG



Neuanfang: Die Jahre des großen Umbruchs

Oldenburg zwischen 1918
und 1921 › **S. 04**

Aufbruch: Die Zeit enttäuschter Hoffnungen

Oldenburg zwischen 1922
und 1933 › **S. 08**

Nazizeit: Das Leben in der Gauhauptstadt

Oldenburg zwischen 1933
und 1945 › **S. 14**



JAHRE
GSG 1921 – 2021



Neuanfang: Die Jahre des großen Umbruchs

Oldenburg zwischen 1918 und 1921



Aufbruch: Die Zeit enttäuschter Hoffnungen

Oldenburg zwischen 1922 und 1933



Nazizeit: Das Leben in der Gauhauptstadt

Oldenburg zwischen 1933 und 1945

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die GSG kümmert sich um die Zukunft des Wohnens – und das seit fast 100 Jahren! Mit diesen Worten verweisen wir gern darauf, dass wir bei der GSG gern an morgen denken, unsere Tradition und unsere Herkunft aber nicht vergessen. Schon bald bekommt die Aussage eine neue Aktualität, dann können wir das Wörtchen „fast“ nämlich streichen. 1921 besteht die GSG 100 Jahre.

Welch wechselvolle Zeit es war, haben wir beim Gang ins Archiv einmal mehr feststellen können. Bauhaus und Inflation in den Zwanzigern, die Schreckensjahre im Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, der Wiederaufbau und die Neuordnung der Stadt – alles Meilensteine unserer Entwicklung. Die GSG ist sich dabei immer treu geblieben:

als starke Partnerin an der Seite der Menschen, die eine Wohnung gesucht haben.

In dieser und in den folgenden Ausgaben unseres Magazins „GSG Direkt“ werden wir auf die vergangenen 100 Jahre zurückblicken und versuchen, unsere eigene Geschichte und die Oldenburgs nachzuzeichnen. Beim Studium der alten Dokumente haben wir einiges entdecken können, was auch für uns neu war. Wir hoffen, unser Ausflug in die Historie wird auch Ihnen den einen oder anderen Aha-Moment bescheren.

Wertvolle Erkenntnisse beim Lesen wünscht Ihre GSG



Impressum

Herausgeber: GSG OLDENBURG Bau- und Wohngesellschaft mbH, Straßburger Straße 8, 26123 Oldenburg
 V.i.S.d.P.: Stefan Könner, GSG OLDENBURG
 Konzeption und redaktionelle Leitung: Mediavanti GmbH, Donnerschwer Straße 90, 26123 Oldenburg, www.mediavanti.de
 Recherche- und Textarbeiten: Lisa Knoll
 Gestaltung, Produktion und Bildrecherche: STOCKWERK2 – Agentur für Kommunikation, Donnerschwer Straße 90, 26123 Oldenburg, www.stockwerk2.de
 Druck: DRUCK-SERVICE, Thomas Lamken, Oldenburg
 Bildquellen: GSG OLDENBURG (Titel, Seiten 7 o., 10, 11, 13, 16, 17, 18 u.,); Oldenburgische Landschaft (Seiten 2, 4); Stadtmuseum Oldenburg (Seiten 2, 5, 6, 8, 12, 14, 19); wittingsbrok.de (Seite 7 u.); oldenburgermedienarchiv.de (Seite 9); Isensee Verlag (Seite 15); Stadt Oldenburg (Seite 18 o.)

Wir bedanken uns für die Unterstützung bei Isensee Verlag, Stadtmuseum, Werkstattfilm, Sabine Nier, Stadt Oldenburg.

1918 - 21

Nach dem Ersten Weltkrieg ist das deutsche Kaiserreich Geschichte.
An seine Stelle tritt die Weimarer Republik. Aus dem Großherzogtum
wird der Freistaat Oldenburg mit Oldenburg als Regierungssitz.
Die Stadt wächst rasant. Die Kriegerheimstättenbaugesellschaft
versucht, dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken.

1922 - 32

Aus Mangel wird Not. Die Anzahl
der Wohnungen reicht einfach
nicht, um die Nachfrage zu befrie-
digen. In Oldenburg beginnt die
1921 gegründete Gemeinnützige
Siedlungsgesellschaft mit dem Bau
erster Siedlungen. Aber Inflation,
Währungsreform und Weltwirt-
schaftskrise machen der noch
jungen GSG das Leben schwer.

1933 - 45

In Oldenburg kommen die Nationalsozialisten
früher an die Macht also sonst irgendwo im
Deutschen Reich. Die GSG kann zunächst
weiterbauen, später in den 1930ern wird die
Materialbeschaffung aber zusehends schwieriger.
Der Wohnungsbau verliert an Bedeutung, mit
Kriegsbeginn wird eine Bausperre erlassen.

OLDENBURG ZWISCHEN 1918 UND 1921

Neuanfang: Die Jahre des **großen Umbruchs**

Durch das Ende des Ersten Weltkriegs beginnt die Geschichte des modernen Oldenburgs vermeintlich mit einer Niederlage. Doch trotz aller Turbulenzen in der Zeit nach 1918 begründet die Huntestadt in diesen Jahren ihren Ruf als Zentrum des Nordwestens.





Im heute noch stehenden Oldenburger Landtag fielen zu Beginn des 20. Jahrhunderts wichtige Entscheidungen.

Noch immer mächtig steht er da: der alte Oldenburger Landtag im Dobbenviertel. 17 Jahre lang wurde von hier aus Politik gemacht – zwischen 1916 und 1919 diente er dem Großherzogtum Oldenburg als Regierungssitz, danach bis 1933 dem Freistaat Oldenburg. Heute erinnern der vom Stuttgarter Architekten Paul Bonatz errichtete Bau und das benachbarte Staatsministerium an eine Phase der Stadtgeschichte, in der erste Weichen für das Oldenburg unserer Tage gestellt wurden.

Doch zunächst gestatten wir uns einen kleinen Rückblick: Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die Euphorie der Oldenburger groß. Auch die Versorgung der Bevölkerung lief in den ersten Jahren außergewöhnlich reibungslos. Aber die Kriegsjahre hinterließen ihre Spuren. Als bedeutender Truppenstandort wuchs Oldenburg rasch, mehr und mehr Soldaten wurden vor Ort stationiert. Das erschwerte die Versorgung der Bevölkerung zunehmend, sodass um 1916 die Auswirkungen des Krieges nun auch im bis dahin fast unbescholtenen Oldenburg spürbar wurden. Hier blieb es allerdings bis zum Kriegsende vergleichsweise ruhig.

Der Zusammenbruch des Kaiserreichs und die fortschreitende Inflation veränderten das städtische Leben in Oldenburg schließlich grundlegend. Als der Deutsche Reichstag in den letzten Atemzügen des

Ersten Weltkriegs das Ende der Monarchie beschloss, ebnete die Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 den Weg für ein parlamentarisches Regierungssystem. Die Weimarer Republik war geboren.

Vom Großherzogtum zum Freistaat Oldenburg

Sich dieser neuen Staatsform zu unterwerfen, lehnte Großherzog Friedrich August von Oldenburg zunächst ab. Sein Widerspruch ging jedoch in der Novemberrevolution 1918 unter. Im gesamten Deutschen Reich wurde als Konsequenz aus dem verlorenen Weltkrieg der Ruf nach einem Rücktritt des Kaisers lauter. Auch in Oldenburg zogen Soldaten und Bürger durch die Stadt, entwaffneten die Hauptwache und übernahmen die Macht. Als am 10. November 1918 das Ende der konstitutionellen Monarchie verkündet wurde, fügte sich der Großherzog seinem Schicksal und verzichtete auf den Thron, „um Unheil von den oldenburgischen Landen fernzuhalten“.

Aus dem Großherzogtum Oldenburg wurde der Freistaat Oldenburg. Im Juni 1919 wurde die neue Verfassung des Freistaats verabschiedet und die erste Regierung unter Ministerpräsident Theodor Tantzen gewählt.

Nach Kriegsende kämpfte Oldenburg mit denselben Problemen wie viele andere Städte: Die Inflation sorgte für einen rasanten Wertverfall der Mark. Anfang 1919 lag der durchschnittliche Wochenlohn eines Maschinenarbeiters bei etwa 75 Mark. Nur vier Jahre später waren es elf Milliarden. Rentner hatten ihr Vermögen verloren und verarmten zusehends. Die Löhne lagen noch einige Jahre unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Um die soziale und wirtschaftliche Lage in der Stadt zu verbessern, wurden neue Industrien angesiedelt und bestehende Betriebe gestärkt – etwa die Fleischwarenfabrik im Haareneschviertel oder die Glashütte in Osterburg.

1.152

Hektar betrug die Fläche Oldenburgs im Jahr 1920. Zum Vergleich: Heute ist es neun Mal so viel.

Nicht genügend Wohnungen für immer mehr Menschen

Wohnungen waren in jenen Jahren Mangelware in Oldenburg. Und nicht nur hier. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war die Wohnungsnot durch die zunehmende Industrialisierung im ganzen Reich zu einem wachsenden Problem geworden, dem sich die kaiserliche Regierung jedoch fortwährend entzogen hatte. Das Wohnungswesen sei dem Markt zu überlassen und nicht Aufgabe der Monarchie, hieß es damals. In der Weimarer Republik sahen sich die Oberhäupter des Deutschen Reichs nun erstmals in der Pflicht, für ausreichenden Wohnraum zu sorgen, denn die Städte wuchsen schneller als neuer Wohnraum geschaffen werden konnte. So auch in Oldenburg: Wurden ein knappes Jahr nach Kriegsende noch knapp 32.500 Einwohner vermeldet, hatte sich diese Zahl binnen sechs Jahren mit rund 60.000 bereits nahezu verdoppelt.

Da die Baukosten gegenüber der Zeit vor 1914 inzwischen um bis zu 300 Prozent gestiegen waren, geriet der private Wohnungsbau seit Kriegsende vollends ins Stocken. Die Regierung verabschiedete daraufhin erstmals eine öffentliche Wohnungsbauförderung und erteilte Baukostenzuschüsse. Im gesamten

Reich gründeten sich Wohnungsbaugesellschaften. Im Fokus stand dabei die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen mit kostengünstigen, in ihrer Größe angemessenen Wohnhäusern. So sollten die zunehmende Überbelegung von Wohnraum in den Arbeitervierteln und die damit einhergehenden, katastrophalen hygienischen Bedingungen beendet werden. Der staatliche Wohnungsbau war damit nicht zuletzt eine gesundheitspolitische Initiative.

Erste Plansiedlung im Stadtnorden

Auf kommunaler Ebene wurde dieser wichtige Schritt des Staates jedoch unterschiedlich gehandhabt. Manche Städte setzten das Projekt Wohnungsbau nach bestem Wissen und Gewissen in die Tat um, andere verharrten weiterhin in Untätigkeit. Dass Oldenburg zu ersten gehörte und sich in den kommenden Jahren mit zahlreichen Bauprojekten positiv hervortat, ist nicht zuletzt dem Wirken der bereits während des Kriegs gegründeten Kriegerheimstättenbaugesellschaft zu verdanken. Ihr Ziel war es zunächst, erschwingliche Eigenheime für Kriegsheimkehrer zu bauen, um sie „für die überstandenen Gefahren und Drangsale zu entschädigen“.

Die 1916 auf staatlicher Ebene entbrannten Diskussionen um die drohende Wohnungsnot mündeten 1920 schließlich in das Reichsheimstättengesetz, das Familien den Erwerb von kostengünstigem Wohnraum ermöglichen und sie vor Zwangsversteigerungen schützen sollte. Die Kriegerheimstättenbaugesellschaft kam den staatlichen Bemühungen



NAMENSUCHE

Für die neuen Siedlungen am Rauhehorst schlug der Stadtarchivar zunächst die Wegenamen „Vaterlandsdank“ und „Kriegerstrasse“ vor, um an die ursprüngliche Zielsetzung des Baus zu erinnern. Die Vorschläge wurden jedoch abgelehnt. Die Namen Wittingsbrok und Brunsbrok gehen zurück auf alte Flurnamen am Stadtrand.

WISSENSWERT

zuvor und schuf bereits 1919 eine erste Plansiedlung, die den so dringend benötigten Wohnraum in den Norden der Stadt brachte: die wohnbauliche Erschließung der bis heute erhaltenen Straßen Wittingsbrok und Brunsbrok. Federführend in der Planung und Umsetzung des Siedlungsbaus war der von der Gesellschaft beauftragte Architekt und Ingenieur Dr. Heinrich Biebel.

In Einfamilien- und Doppelhäusern entstanden im Gebiet zwischen Rauhehorst und Vahlenhorst insgesamt 81 Wohnungen mit zwei bzw. vier Zimmern und schmalen, langen Gärten zur Selbstversorgung der Bewohner. Trotz zahlreicher Um- und Ausbaumaßnahmen in späteren Jahren hat sich die Siedlung bis heute ihren ursprünglichen Charakter erhalten.

Die Geburtsstunde der GSG als Beginn einer neuen Ära

Am 5. August 1921 wurde die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH Oldenburg, die heutige GSG, gegründet. Den Anstoß dazu gab der zu diesem Zeitpunkt frisch ins Amt berufene Oldenburger Oberbürgermeister Theodor Hans Walter Görnitz. Als Gesellschafter traten die Stadt Oldenburg und der Kriegerheimstättenverein



Oldenburgs Innenstadt vor 100 Jahren: An der Mottenstraße. Ecke Wallstraße gab es leckere Backwaren zu kaufen.





◀
Der Eingang zum Wittingsbrok wurde flankiert vom Oldenburger Konsumverein (links) und einem Geschäft für Woll- und Kurzwaren (rechts).

des Herzogtums Oldenburg auf. Zur Geschäftsführung gehörte der Architekt Otto Katzmann, der in den folgenden Jahren maßgeblich das neue Bild der Stadt Oldenburg prägte. Auf ihn wird später noch einmal zurückzukommen sein.

Im Gesellschaftsvertrag wird das Unternehmensziel der GSG wie folgt benannt: „Ausschließlicher Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen, in der Regel verbunden mit Gartenland, zu angemessenen Preisen für Familien des Mittelstandes, insbesondere für Beamte und versicherte Angestellte, sowie für Arbeiterfamilien. Kinderreiche Familien erhalten den Vorzug.“

Galt das Hauptaugenmerk der Kriegerheimstättengesellschaft noch der Schaffung von Eigenheimen für Kriegsheimkehrer, widmete man sich nun der Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsnot. Neubauten wurden für ein breiteres Spektrum an Wohnungssuchenden zugänglich und fortan zumeist als Mietwohnungen angeboten. Und auch der Wohnungstypus änderte sich. So beschrieb Stadtbaurat Robert Charton die bis Anfang des 20. Jahrhunderts in Oldenburg übliche Bauweise als „freistehendes Kleinhaus, das in Erd- und Obergeschoß höchstens zwei Familien beherbergte“. Um eine möglichst große Anzahl an Familien auf kleiner

Fläche unterzubringen, setzte die GSG künftig jedoch vermehrt auf Reihenhäuser – eine zu diesem Zeitpunkt unübliche Bauform, die durch ihre effiziente Nutzung von Baugrundstücken jedoch auf Zustimmung in der Bevölkerung stieß.

In seinen Grundzügen fußt das unternehmerische Handeln der GSG noch immer auf den vor 100 Jahren im Gesellschaftsvertrag festgehaltenen Grundsätzen. So wurde sie über viele Jahrzehnte zu einem festen Bestandteil der Oldenburger Stadtentwicklung, die sie maßgeblich mitprägte.

DR. ING. HEINRICH BIEBEL

Er war ein Mann voller Ideen: Neben der Plansiedlung am Rauhehorst verantwortete der Oldenburger Architekt und Ingenieur Dr. Heinrich Biebel auch den Bau weiterer, bis heute erhaltener Gebäude im Stadtgebiet. Dazu gehören die Mehrparteienhäuser der Klävemannstiftung (Nadorster Straße 209–227) und die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof in Osterburg. Später widmete er sich als Berufsschullehrer der Weitergabe seines Wissens.

PERSÖNLICH



OLDENBURG ZWISCHEN 1922 UND 1932

Aufbruch: Die Zeit **enttäuschter Hoffnungen**

Die 1920er Jahre bescheren Oldenburg zwar eine verstärkte Bautätigkeit, doch der Mangel an Wohnraum bleibt. Am Ende der von Inflation und Not geprägten Epoche droht bereits die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. Sie regieren Oldenburg ab 1932.





Im Haarentor war die GSG erstmals 1927 tätig. Zunächst wurde in der Von-Kobbe-Straße gebaut.

Ein gutes halbes Jahr war die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH Oldenburg (GSG) alt, als im März 1922 das Reichsmietengesetz in Kraft trat. Es brachte große Neuerungen in puncto Mieterschutz. Erstmals existierten auf dem Wohnungsmarkt gesetzlich festgelegte Miethöhen. Diese orientierten sich an der vor dem Ersten Weltkrieg üblichen Durchschnittsmiete, der sogenannten „Friedensmiete“, und sorgten somit für die niedrigsten Mietpreise seit Jahren. Das Problem der Wohnungsnot wurde dadurch jedoch trotzdem nicht gelöst. Im gesamten Reich wurden nicht einmal halb so viele Wohnungen gebaut, wie benötigt wurden.

Um den wachsenden Mangel an Wohnraum in Oldenburg gezielt zu bekämpfen, verpflichtete sich die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft bereits kurz nach ihrer Gründung gegenüber der Stadt, am innenstadtnahen Weidamm und dem im Dobbenviertel gelegenen Gerberhof insgesamt 74 Wohnungen zu schaffen – und das binnen kürzester Zeit: Der Baubeginn musste vor dem 1. September 1921

erfolgen, die Gebäude bis zum 1. Februar 1922 fertiggestellt sein.

Zur selben Zeit erreichte Oldenburgs Oberbürgermeister Theodor Görlitz die Eingemeindung der Ortschaft

Osternburg und sorgte so für einen erheblichen Bevölkerungszuwachs. Als kaum zwei Jahre später, im Sommer 1924, auch das ländliche Eversten hinzukam, schnellte die Einwohnerzahl weiter in die Höhe. Das bedeutete zusätzliches Bauland und steigende Steuereinnahmen, die wiederum teilweise in den Wohnungsbau fließen konnten. Die inzwischen 53.000 Menschen in der Stadt mit ausreichend Wohnraum zu versorgen, scheiterte aber nicht zuletzt an den güterwirtschaftlichen Engpässen. Denn Anfang der 1920er Jahre steckte die Weimarer Republik zwar noch in den Kinderschuhen, sah sich aber zugleich mit einer der größten Prüfungen der jüngeren deutschen Geschichte konfrontiert: der Inflation.

Nach den immensen Ausgaben im Ersten Weltkrieg, Deutschlands unerwarteter Niederlage und den in der Folge ausbleibenden Reparationszahlungen der Kontrahenten lag die Wirtschaft am Boden. Der Staat war pleite und hatte nicht nur bei den Siegermächten, sondern auch bei der eigenen Bevölkerung immense Schulden aufgetürmt. Das Problem der Zahlungsunfähigkeit wurde von der Regierung kurzerhand per Notenpresse gelöst. Immer mehr Banknoten kamen in Umlauf, der materielle Gegenwert des einzelnen Scheins schrumpfte dagegen zusehends. Kostete etwa ein Ei im Juni 1923 noch 800 Reichsmark, waren es im Dezember schon sage und schreibe 320 Milliarden. Die Inflation trieb auch die Preise für Baustoffe in die Höhe, während die Löhne derer, die Häuser bauen, mieten oder kaufen sollten, stagnierten.

Siedlungsbau trotz fortschreitender Inflation

Mitten in dieser finanziellen Krise gelang es der GSG, eine weitere Siedlung im Stadtnorden zu erbauen. Im September 1922 legte sie der Stadt detaillierte Baupläne für die Straßen rund um den Friedrich-August-Platz vor. Heute gehört das Wohnviertel zu den beliebtesten im Stadtteil Bürgerfelde. Das war allerdings nicht immer so: Als GSG-Mitarbeiter damals eine Reihenhausbauung vorschlugen, statt auf die bis dahin üblichen, freistehenden Einfamilienhäuser zu setzen, war die Skepsis in der Bevölkerung zunächst groß.

Stadtbaumeister Carl Franz Noack hatte für das Viertel zwischen Melkbrink, Werbach- und Gertrudenstraße bereits 1898 einen Bebauungsplan vorgelegt, der eine Einzelbebauung vorsah. Die GSG jedoch setzte angesichts der großen Wohnungsknappheit vor allem auf eines: die effiziente Nutzung von Baufläche. Sie überarbeitete Noacks Plan und verwirklichte

bis 1924 eine Reihenhausbauung mit jeweils vier bis sechs Wohneinheiten. Insgesamt konnte so Wohnraum für 94 Familien geschaffen werden.

Der damalige GSG-Geschäftsführer und Architekt Otto Katzmann entwarf das Viertel nach dem Vorbild der berühmten Gartenstadt Hellerau bei Dresden. Eingehrahmt von den U-förmigen Gebäudezeilen finden sich in der Lothringer, Elsässer und Metzger Straße sowie in der Von-Berger- und Von-Finckh-Straße deshalb bis heute aneinandergrenzende, großzügig bemessene Gärten.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre kamen dann auch die Wardenburgstraße und die Noackstraße, benannt nach dem Ideengeber des Viertels, zur Siedlung hinzu. Entstanden ist ein Areal, das sich trotz einiger Modernisierungsmaßnahmen, die das einheitliche Bild der Bauten nach und nach auflösten, über die Jahrzehnte seinen eigenen Charme bewahren konnte. Die Siedlung rund um den Friedrich-August-Platz war somit das

zweite große Bauprojekt der GSG nach dem Bau an Wittingsbrok und Brunsbrok.

Die Inflation erreicht ihren Höhepunkt

Auf dem Höhepunkt der Inflation im November 1923 boten nur eine Währungsreform und die Unterstützung der Siegermächte Rettung. Im sogenannten Dawes-Plan wurden die jährlichen Reparationszahlungen an die Wirtschaftskraft der Weimarer Republik angepasst. Das führte zu einer schrittweisen Stabilisierung im Land. Die Einführung der Rentenmark und im Folgejahr der Reichsmark machte Deutschland wieder zahlungsfähig. Auf dem Wohnungsmarkt waren die Folgen der Inflation jedoch nicht allein durch eine neue Währung einzudämmen. Durch die Hyperinflation hatten die von Wohnungseigentümern in den Vorjahren aufgenommenen Hypotheken an Wert verloren. Die Folge: Eigentümer konnten sich zu einem Spottpreis vollständig entschulden, während der Wert ihres Besitzes derselbe blieb.

Um diesem Ungleichgewicht entgegenzutreten, wurde 1924 die Hauszinssteuer eingeführt. Durch diese Form des Lastenausgleichs sollten Immobilienbesitzer ihren Teil zum staatlichen Wohnungsbau nach dem Ersten Weltkrieg beitragen. Die Folge war tatsächlich ein Anstieg staatlich geförderter Neubauvorhaben in den nächsten Jahren, weil Wohnungsbaugenossenschaften zur Finanzierung ihrer Bauprojekte auf Steuereinnahmen zurückgreifen und weniger zusätzliche Kredite aufnehmen mussten.

Die GSG vergrößerte sich weiter. Am 1. Januar 1928 kam es zur Fusion mit der Kriegerheimstättenbaugesellschaft, die daraufhin komplett in der GSG aufging.

Die Siedlung am Friedrich-August-Platz zeichnet sich bis heute durch große, durchgängige Gartenflächen hinter den Gebäuden aus.



WISSENSWERT

KATZMANNSHAUSEN
Architekt Otto Katzmann, von 1921 bis 1926 Geschäftsführer der GSG, brachte Oldenburg durch seinen gestalterischen Einfluss auf das Stadtbild den Spitznamen „Katzmannshausen“ ein.



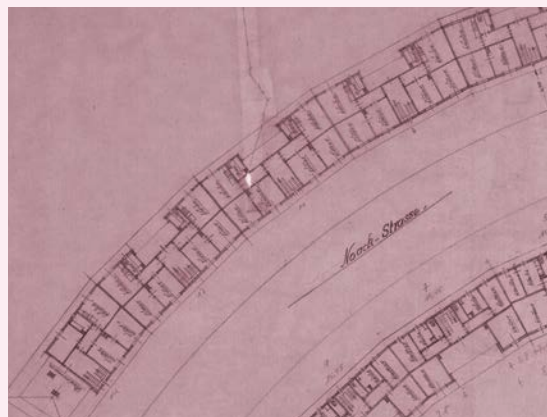
**Früher skeptisch beäugt, heute begehrte Wohn-
gegend: die Reihenhäuser
am Friedrich-August-Platz.**



**An der Noackstraße ori-
enterte die GSG sich bei der
Reihenhausbebauung ...**



**am besonderen, bogen-
förmigen Verlauf der Straße.**



Abkehr vom alten Stil und Orientierung am Bauhaus

In der jungen Weimarer Republik wollte man sich architektonisch vom wilhelminischen Baustil aus der Zeit vor ihrer Gründung abgrenzen. Immer mehr orientierte man sich dabei am aufkommenden Bauhausstil, der „Licht, Luft und Sonne für alle“ in allen gesellschaftlichen Schichten kostengünstig und schnell zugänglich machen wollte. So auch in Oldenburg. Beflügelt von der Anfang 1928 im Oldenburger Schloss gezeigten Ausstellung „Neue Baukunst“, setzt man fortan auch hier auf den Bauhausgedanken.

Der steigende Qualitätsanspruch an Neubauten ließ die Baukosten in die Höhe schnellen, und auch die Mieten stiegen merklich an. Die GSG machte sich den fortwährend anhaltenden und staatlich geförderten Bauboom zunutze und errichtete zahlreiche Siedlungen im Stadtgebiet. Im Jahr 1928 verfügte sie insgesamt bereits über 507 Wohnungen. Allein 154 davon waren im selben Jahr fertiggestellt worden, zwei Drittel als Zwei- und Dreizimmerwohnungen. Die durchschnittliche Jahresmiete betrug zu dieser Zeit rund 500 Reichsmark.



THEODOR GÖRLITZ
Treibende Kraft hinter der
Gründung der GSG war Ober-
bürgermeister Theodor Görlitz.
Während seiner Amtszeit ergriff er
in vielen Bereichen die Initiative,
um Veränderungen voranzutreiben.
So gehen auf sein Engagement u.a.
die Gründung einer städtischen
Ingenieur-Akademie, der Aufbau
der Fleischwarenfabrik und erste
Planungen am Osthafen zurück.
Außerdem engagierte Görlitz sich
für die Ausbildung von Frauen
und die künstlerische Freiheit des
Theaters. Am Ende scheiterte der
zukunftsgewandte, ideenreiche
Mann jedoch an der Macht der
Nationalsozialisten, die ihn 1932
ohne offizielle Begründung aus dem
Amt drängten.

PERSONLICH

Die Arbeitersiedlung in der Breslauer Straße

Hatte man sich in den ersten Jahren seit der Gründung vorrangig auf die wohnbauliche Erschließung in Bürgerfelde konzentriert, wurde ab 1927 auch vermehrt in den Stadtteilen Haarentor und Osterburg gebaut. Letzterem wurde in dieser Zeit besondere Aufmerksamkeit zuteil. Von 1928 bis 1938 errichtete die GSG hier die Arbeitersiedlung an der Breslauer Straße. Vorrangig für Post- und Bahnbedienstete und Beschäftigte der an der Stedinger Straße angesiedelten Glashütte gedacht, passte man sich in der Gestaltung der 28 Klinkerbauten und der sie umgebenden Grünflächen an die Wohnreformbewegung der 1920er Jahre an.

Das Ergebnis war eine helle, luftige Siedlung mit großzügig angelegten Vorgärten. Durch eine ausgeklügelte Grundrissgestaltung innerhalb der freistehenden, zweigeschossigen Einzelhäuser und die gemeinschaftliche Nutzung von Waschküche, Gartenflächen und Stallungen konnte auf wenig Fläche Wohnraum für vier bis sechs Familien geschaffen werden. Die Gebäude an der Breslauer Straße sind bis heute nahezu vollständig erhalten und stehen seit 2005 unter Denkmalschutz. Noch immer spielt der von der GSG damals vorangetriebene Gemeinschaftsgedanke hier eine große Rolle.

Die GSG engagiert sich im Norden der Stadt

Mit dem New Yorker Börsencrash 1929 hielt schließlich die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland Einzug. Ihre Nachwirkungen waren in Oldenburg bis in die 1930er Jahre spürbar und sollten das Leben in der Stadt nachhaltig verändern. Investitionen und Produktion gingen zurück, die Arbeitslosenzahlen stiegen rasant an. In der Stadt wurden zahlreiche Betriebe stillgelegt. Bewohner von Mietwohnungen gerieten mit ihren Zahlungen in Rückstand, was sich zu Lasten der Wohnungsbaugesellschaft auswirkte. Es galt, die Lebensgrundlage der vielen Arbeitslosen in der Stadt zu sichern. Oberbürgermeister Görlitz versuchte, die Bevölkerung durch die Vergabe von Notstandsarbeiten, einer frühen Form der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, über Wasser zu halten.

Und auch die GSG trug ihren Teil dazu bei, die Situation zu entschärfen: Bereits 1920 hatte die Kriegerheimstättenbaugesellschaft das Areal einer ehemaligen Munitionsanstalt in Ofenerdiek erworben, um darauf Wohnungen zu errichten. Aufgrund der vielen baufälligen Baracken auf dem Gelände und dem sandigen Boden wurde das Vorhaben zunächst nicht ernst genommen. Umso erstaunter zeigten sich die Skeptiker, als 1928 bereits 190 Wohnungen sowie mehrere Gaststätten, Läden und Handwerksbetriebe in Ofenerdiek angesiedelt waren. Die GSG entwickelte das Wohngebiet fortan stetig weiter. In den frühen

Der Städtebauer von heute hat in erster Linie seine Aufgabe darin erblickt, wieder das soziale Zusammengehörigkeitsgefühl des Menschen zu wecken. Erst dann wird die Großstadt wieder eine wahre Heimat des Menschen werden.

Ernst May, Siedlungsdezernent der Stadt Frankfurt von 1925 bis 1930

ZITIERT

1930er-Jahren erwarb sie ein angrenzendes Grundstück, um die Bebauung des Viertels weiter auszudehnen.

Die Gebäude wurden damals in Selbsthilfe von Arbeitslosen errichtet. Diese Praxis war durchaus üblich und dem wachsenden Einfluss der Nationalsozialisten geschuldet. Unter der Regierung Brüning forderte man mit dem Schlichtwohnungsbau in ländlichen Regionen eine Abkehr vom vormals proklamierten Neuen Bauen der Sozialdemokraten. Statt Mietwohnungen im großen Stil zu errichten, setzte die Regierung auf kleinere Siedlungseinheiten in ländlichen oder Stadtrandgebieten. Dort wurden vermehrt die vielen Arbeitslosen der Weltwirtschaftskrise angesiedelt. Sie sollten hier als Selbstversorger etabliert werden und so aus dem Blickfeld verschwinden. Erste Ansätze des nationalsozialistischen Gedankenguts waren hier bereits zu spüren.

Erste Vorboten der Nazizeit halten Einzug

1931 wurde per Notverordnung das Erwerbslosensiedlerprogramm geschaffen. Es sah einfachste Wohnhäuser auf vergleichsweise kleiner Fläche vor, die vom Bewohner selbst errichtet und dadurch zum Großteil durch ihre eigene Arbeitskraft bezahlt wurden.

So geschah es auch in der 1932 errichteten „Randsiedlung für Arbeitslose“ Alexandersfeld. In einem Zeitungsartikel kamen Menschen zu Wort, die ihr zukünftiges Eigenheim selbst errichteten. Sie wurden für ihre Arbeit zwar nach Tarif bezahlt, doch der Lohn wurde im vollen Umfang auf die Baukosten des Hauses angerechnet, sodass am Ende



des Tages kein Geld zur Versorgung der Familie verblieb. Aber die Hoffnung überwog: „Wenn man so lange ohne Erwerb gewesen ist, ist man natürlich froh, hier durch Schaffung eines eigenen Heimes die eigene Arbeitskraft nützlich anwenden und für Frau und Kinder sorgen zu können“, berichtete einer der Arbeiter. Der Schreiber des Artikels resümierte: „Wir nahmen nach dieser Unterredung das schöne Gefühl mit, dass in der Siedlung Alexanderfeld der richtige Geist herrscht, der unser Volk und Vaterland aufwärts führen wird.“

Die NSDAP hatte sich derweil längst die Folgen der Weltwirtschaftskrise zunutze gemacht und die Bevölkerung auf ihre Seite gezogen, indem sie ihr ein Ende von Not und Armut versprach. Bei den Landtagswahlen am 29. Mai 1932 errangen die Nationalsozialisten in Oldenburg die absolute Mehrheit. Damit wurde Oldenburg zur ersten Stadt unter ihrer Führung und blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Gauhauptstadt der Region Weser-Ems.

WISSENSWERT

GEMEINNÜTZIGKEIT

Dass im Dezember 1930 im gesamten Reich die Verordnung über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen in Kraft trat, wird rückwirkend oftmals als Geburtsstunde des sozialen Wohnungsbaus bezeichnet. Der Gemeinnützigkeitsgedanke, den die GSG zu diesem Zeitpunkt bereits seit neun Jahren vertrat, wurde damit lediglich in eine Gesetzesform gegossen. Umso absurder erscheint es, dass der GSG erst weitere drei Jahre später ihre Gemeinnützigkeit offiziell zuerkannt wurde.



Die meisten Siedlungshäuser der Breslauer Straße im Stadtteil Osterburg sind heute im Besitz einer von Bewohnern gegründeten Wohngenossenschaft.



OLDENBURG ZWISCHEN 1933 UND 1945

Umbruch: Das Leben in der Gauhauptstadt

Eine bittere Erkenntnis: In den 1930er Jahren war Oldenburg seiner Zeit voraus. Im Freistaat übernahmen die Nationalsozialisten bereits nach der Landtagswahl im Mai 1932 die Macht – Hitlers Ernennung zum Reichskanzler folgte erst acht Monate später.





PERSONLICH

JEAN ROBERT CHARTON

Der Gesamtstadtrat Oldenburgs berief den studierten Regierungsbaumeister Jean Robert Charton im Jahr 1922 zum Stadtbaurat – eine Position, die er 16 Jahre innehatte. Während seiner Amtszeit trug er maßgeblich zum Bau von Kleinsiedlungen im Stadtgebiet bei und lenkte von 1925 bis 1931 als Mitglied der Geschäftsführung die Geschicke der GSG. Die nationalsozialistische Stadtverwaltung entließ den demokratisch orientierten Freimaurer 1938 aus allen Ämtern. Nach Kriegsende kehrte Charton nach Oldenburg zurück und wurde wieder zum Geschäftsführer der GSG ernannt, bis er sich 1949 aus dem Amt zurückzog.

Die GSG hatte in den 1920ern wesentlich dazu beigetragen, dass Oldenburg nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wieder auf die Füße kam. Otto Katzmann, Robert Charton oder Heinrich Biebel waren prägende Figuren dieser Zeit, Theodor Görlitz ein Oberbürgermeister, der dem Wohnungsbau große Bedeutung zumaß. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurde schnell deutlich, dass sich in der Huntestadt einiges ändern würde. Als erstes machten sie Oldenburg zur Hauptstadt des Gaus Weser-Ems.

Im August 1939 schied der verdiente Stadtbaurat Robert Charton auf Drängen der NSDAP aus der GSG-Geschäftsführung aus. Er leitete fortan im Auftrag eines mecklenburgischen Industrieunternehmens Großbaustellen. Bereits 1933 war Stadtbauführer Georg Meyer, der seit der Gründung der GSG Teil der Geschäftsführung war, von Regierungsbauinspektor Harm Dirks abgelöst worden. Erst als dieser nach Kriegsende sein Amt niederlegte, sollte es Robert Charton möglich sein, auf seinen alten Posten in Oldenburg zurückzukehren. Hier verstarb der Mann, der die GSG in ihren frühen Jahren maßgeblich geprägt hatte, 1963.

Paul Tantzen – ein Muster an Verlässlichkeit

Inmitten aller Personalwechsel dieser und der Folgejahre gab es eine Konstante in der Chefetage der Wohnungsbaugesellschaft: Bereits 1926 war Regierungsbaumeister Paul Tantzen zum Hauptgeschäftsführer bestellt worden – ein Posten, den er für die nächsten 30 Jahre innehaben sollte. Tantzen löste damit Otto Katzmann ab, der sich seinerzeit mit der bauplanerischen Gestaltung des Friedrich-August-Platzes einen Namen gemacht hatte.

Obwohl er die Geschicke der GSG über 30 Jahre lang maßgeblich lenkte, ist über den in Esenshamm an der Unterweser geborenen Ingenieur und Unternehmer Paul Tantzen nur wenig bekannt. Welche Rolle er einnahm, während Oldenburg unter nationalsozialistischer Führung stand, lässt sich nur noch schwer zurückverfolgen.

Aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft und einer Offizierstätigkeit für das oldenburgische Wehrbezirkskommando stufte der Entnazifizierungsausschuss der britischen Militärregierung Tantzen 1947 als „nominellen Nazi“ in der Kategorie IV („Mitläufer“) ein. Zwei Jahre später hob der Entnazifizierungsausschuss der Stadt Oldenburg die-



Der Garten direkt am Wohnhaus – damit punktete die GSG auch am Rauhehorst.

sen Status jedoch auf und entlastete Tantzen. Dieser setzte sich in den letzten Jahren seines Amtes verstärkt für den Wiederaufbau der Stadt ein. Bis heute erinnert die Paul-Tantzen-Straße in Ofenerdiek an den Mann, der über viele Jahre hinweg mit der GSG verbunden war und vor allem in den 1920er Jahren den Ausbau dieses Stadtteils vorangetrieben hatte.

„Gute alte Zeit“ statt „Kulturbolschewismus“

In die Tantzen-Ära fiel auch die Eingemeindung Ohmstedes im Mai 1933, die die Einwohnerzahl Oldenburgs auf rund 67.000 steigerte – und natürlich weitere Konsequenzen für den Wohnungsmarkt mit sich brachte. So nahm die GSG schon wenig später den Bau von 76 Einfamilienhäusern in ihre Planungen auf, u.a. in Dietrichsfeld und am Rauhehorst, in Bloherfelde, Nadorst und Osterburg. Die monatliche Miete lag zwischen 30 und 36 Reichsmark.

In den ersten Jahren unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde dem Wohnungs- und Siedlungswesen keine besondere Stellung zuteil. Eine einheitliche Ideologie oder allgemeingültige Vorschriften zur Wohnungspolitik suchte man zu dieser Zeit vergeblich. Ein Grund liegt in der starken Rivalität, die die einzelnen Organisationen miteinander pflegten. So erließen sowohl das Reichsheimstättenamt als auch die Deutsche Arbeitsfront und das Reichsarbeitsministerium jeweils eigene Vorschriften zur Siedlungspolitik. Damit verhinderten sie, dass Regierung und Wohnungsbaugesellschaften für die Schaffung von

1.50

Reichsmark betrug im April 1933 der Quadratmeterpreis für ein Baugrundstück in Ofenerdiek. 1942 zahlte man am Tannenkamp 0,60 RM je Quadratmeter.

ZÄHLBAR

Wohnraum an einem Strang ziehen konnten. Die Folge war ein Auseinanderklaffen von Ideologie und Praxis.

Einig war man sich indes in der Ablehnung des „Neuen Bauens“ der 1920er. Das Bauhaus wurde als „Brutstätte des Kulturbolschewismus“ verunglimpft. Gut gelitten war hingegen die Bauweise der sogenannten Heimatschutzbewegung. Sie zeichnete sich durch niedrige Häuser in traditioneller Bauform mit steilen Dächern, aufrechten Fensterformaten und Klappläden aus. Es sollte der Eindruck einer „guten alten Zeit“ vermittelt werden.

Wohnen als Mittel der Propaganda

Zur Propaganda ließ sich das Thema Wohnen bestens instrumentalisieren. Mit der Frage, wie entgegen großer Widrigkeiten genügend Wohnraum für alle geschaffen werden könne, trafen die Nationalsozialisten den wunden Punkt der besorgten Menschen. So wurde etwa immer wieder versucht, Bewohner, die nicht ins rechte Weltbild passten, aus ihren Wohnungen zu klagen.

Und man konnte Stimmung machen gegen missliebige Teile der Bevölkerung. Beispielsweise ließ das Regime im September 1933 erstmals reichsweite „Bettlerrazzien“ gegen Wohnungslose durchführen und drückte ihnen durch gezielte Propaganda den Stempel „arbeitsscheu“ auf. Einmal derart stigmatisierte Personen zählten nicht mehr zu der von Fleiß und Dienstester bestimmten NS-Volksgemeinschaft, die gemäß der Parteilinie von Not und Elend unbelastet zu bleiben hatte.

Viele der von den Nazis propagierten Wohnprojekte erwiesen sich am Ende als leere Versprechungen. Nur wenige wurden in die Tat umgesetzt. Trotz einfachster Standards und geringer Baukosten fehlte es an den nötigen finanziellen Mitteln. Der Siedlungsbau trat fortan auf der Stelle, und von den vormals verkündeten Neubauplänen im großen Stil war schnell keine Rede mehr. Es blieb den Wohnungsbaugesellschaften vorbehalten, die Bebauung der Städte weiter voranzutreiben.

Weiterer Wohnungsbau trotz einsetzendem Materialmangel

In Oldenburg schien ein Ende der Bautätigkeit in den ersten Jahren der NS-Herrschaft noch in weiter Ferne. Das war auch den Verantwortlichen der GSG klar. Im Protokoll zur Sitzung des Aufsichtsrats am 30. September 1937 steht zu lesen: „Der Mangel an Wohnungen ist nach wie vor ausserordentlich drückend. Es wird einer angespannten Tätigkeit der Gesellschaft bedürfen, um hier im Laufe der nächsten Jahre die unbedingt notwendige Abhilfe zu schaffen.“ Im Anschluss wird die baldige Fertigstellung von rund 80 Wohnungen im gesamten Stadtgebiet angekündigt. Mehr als 300 weitere – unter anderem am Osterkampsweg, Kaspersweg und Hogenkamp – sind zu diesem Zeitpunkt bereits in Planung.

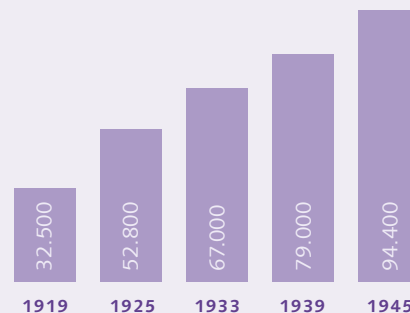


Der Nationalsozialismus stellte das Wohnungswesen in den Dienst agrarromantischer und großstadtfeindlicher Vorstellungen, war aber zwischen Agrarromantik und industriellem Massenwohnungsbau gespalten.

Günther Schulz,
Sozial- und Wirtschaftshistoriker

ZITIERT

Zwischen 1936 und dem Kriegsbeginn ließ die Bautätigkeit der GSG nicht nach. So wurde die Siedlung an der Breslauer Straße in Osternburg komplettiert, in der neben Arbeiterfamilien vor allem Bedienstete der Reichsbahn und der Post Platz fanden. Erstmals



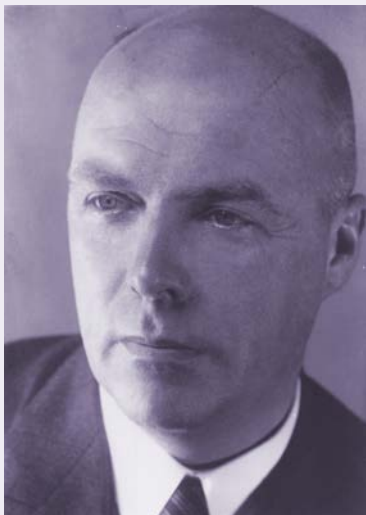
Die Entwicklung der Einwohnerzahl Oldenburgs

wandte man sich 1936 dem Stadtteil Nadorst zu und errichtete Wohngebäude in der Lambertstraße und der Gotenstraße. Im Jahr 1937 wurden im Stadtgebiet insgesamt 195 Wohnungen und Kleinsiedlungen, also Wohngebäude mit Nutzgarten und Stallungen, fertiggestellt. Über 300 weitere waren zu diesem Zeitpunkt noch in Planung, u.a. für Angehörige von Luftwaffe, Heer und Reichsbahn.

Mit 297 bezugsfertigen Wohnungen habe die GSG im Jahr 1938 die Höchstleistung aller vergangenen Jahre erreicht, verzeichnet das Protokoll der letzten Aufsichtsratssitzung vor dem Kriegsbeginn am 1. September 1939. Besonders in der



Ende der 1930er Jahre besonders beliebt: das Viertel um die Eike-von-Repkow-Straße.



HEINRICH RABELING

Der studierte Jurist Heinrich Karl Paul Rabeling wurde am 17. Januar 1933 im Alter von 43 Jahren als Nachfolger von Theodor Görlitz in das Amt des Oldenburger Oberbürgermeisters eingeführt. Er trat unmittelbar danach der NSDAP bei. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er von den britischen Truppen seines Amtes enthoben und verhaftet. Nach seiner Entlassung aus einem britischen Internierungslager war er als Anwalt tätig.

PERSÖNLICH

Falklandstraße, am Alexanderhaus und im Haareneschviertel waren zahlreiche neue Wohngebäude entstanden. Herausgestellt wird, „dass es in der Stadt Oldenburg im Jahr 1938 gelungen ist, die Wohnungsbautätigkeit noch beträchtlich zu steigern gegenüber dem Jahre 1937, trotz der bereits gegen Mitte

des Jahres einsetzenden starken Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung“. Besonders begehrt waren die 1938 und 1939 entstandenen Wohnungen an der Eike-von-Repkow-Straße im Haarenesch. Einer der Gründe dafür war das benachbarte und vorwiegend von den Arbeitern der nahen Fleischwarenfabrik genutzte Schwimmbad mit seinen Grünflächen.

Mit Kriegsbeginn ändern sich die Prioritäten in der Stadt

Obwohl die GSG mehr Wohnungen als jemals zuvor gebaut hatte, ist in den Protokollen der Aufsichtsratssitzungen bereits ein skeptischer Unterton zu spüren. „Trotz dieser angespannten Wohnungsbautätigkeit gewinnt man den Eindruck, dass der Wohnungsmangel nicht nachgelassen, sondern sich noch verschärft hat“, heißt es in den Aufzeichnungen, die in der Folge eine düstere Prognose enthalten: „Die Wohnungsbautätigkeit der kommenden Jahre wird voraussichtlich eine starke Einengung erfahren. Vom Jahre 1939 sind kaum mehr als 160 Wohnungen zu erwarten.“ Die meisten davon entfielen auf die Kranberg- und die Schlieffenstraße im Stadtteil Donnerschwee.

Tatsächlich rückten ab Kriegsbeginn andere Aufgaben in den Vordergrund. Mehr und mehr wurde die Materialbeschaffung das vorrangige Hindernis im Bausektor. Dabei war die Bevölkerungszahl in Oldenburg weiter angestiegen. Im Mai 1939 hatte Oldenburg bereits knapp 74.000 Einwohner. Schon im ersten Kriegsjahr sollten weitere

6.500 hinzukommen. Menschen, für die Wohnraum geschaffen werden musste. Doch die Nationalsozialisten setzten verstärkt auf den Ausbau der militärischen Infrastruktur. Nachdem bereits 1934/35 die Hindenburgkasernen an der Cloppenburgstraße errichtet worden waren, begann drei Jahre später rund um den Klingenbergplatz der Bau der Leweck-Kaserne, eines Offizierskasinos und eines Standortlazarets. Der Krieg rückte näher.

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht das benachbarte Polen – und das Thema Wohnungsbau verlor daraufhin weiter an Bedeutung. Schon früh wurde eine Bausperre erlassen, die 1940 schließlich in ein generelles Neubauverbot mündete. Ausgenommen waren lediglich Projekte, die in Zusammenhang mit der Aufrüstung des Deutschen Reichs standen.

Oldenburg schonen, da wollen wir wohnen!

Im Laufe des Krieges verloren die Nationalsozialisten mehr und mehr das Gespür für die Realität. So ließ etwa Rüstungsminister Albert Speer 1943 erste Pläne für den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Städte ausarbeiten. Um dabei möglichst effizient vorgehen zu können, entwickelte der als Bauhaus-Architekt bekannt gewordene Ernst Neufert in Speers Auftrag eine gigantische Hausbaumaschine. Damit sollte es möglich sein, ganze Häuserzeilen wie am Fließband zu produzieren. Neuferts Idee stieß in der Fachwelt jedoch auf wenig Gegenliebe. Von Größenwahn war die



ZENTRALE

Bereits kurz nach ihrer Gründung im Jahr 1921 hatte die GSG ihr Geschäftsgebäude in der Moltkestraße 22 bezogen. 1937 war die Gesellschaft bereits erheblich gewachsen, sodass sie fortan auch das Nachbargebäude mit der Hausnummer 23 nutzte. In den folgenden Jahrzehnten wurde das Geschäftshaus fortlaufend umgebaut und modernisiert. Von hier aus leitete die GSG ihre Geschicke bis zur Jahrtausendwende. 2003 erfolgte der Umzug in den Neubau an der Straßburger Straße, Ecke Karlstraße.

WISSENSWERT



▲
**Blick auf die Amalienbrücke über den
 1935 fertiggestellten Küstenkanal mit
 dem E-Werk im Vordergrund.**

Rede, von lieblosem Umgang mit der Baukunst. Zu einer Umsetzung kam es nie. Kurz vor Ende des Weltkriegs wurden im April 1945 die Kasernenanlagen in Kreyenbrück und Bümmerstede durch kanadische Truppen bombardiert. Die deutsche Wehrmacht sprengte daraufhin die Brücken über den Küstenkanal. Am 3. Mai wurde das Oldenburger Stadtgebiet nördlich des Schifffahrtsweges von Oberbürgermeister Heinrich Rabeling kampflos den einrückenden britischen und kanadischen Truppen übergeben. Sie verteilten Kekse und Weißbrot in der Stadt.

Die Kriegsbilanz im Nordwesten fällt unterschiedlich aus. Während in nahegelegenen Städten wie Bremen und Wilhelmshaven etwa 60 Prozent des

Wohnraums zerstört wurden, ist Oldenburg noch einigermaßen glimpflich aus den Bombenangriffen des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen. Auf Flugblättern hatten die Alliierten die letzten Einwohner frühzeitig wissen lassen: „Oldenburg wollen wir schonen, da wollen wir später drin wohnen!“

Trümmerlandschaften hat es hier deshalb nicht gegeben. Nur knapp 130 Wohnhäuser und 220 Wohnungen wurden zerstört. Das entsprach lediglich 1,4 Prozent des damaligen Gebäudebestands. Mit dem Wiederaufbau in den folgenden Jahren, an dem die GSG in besonderem Maße beteiligt war, tat Oldenburg einen großen Schritt hin zum Stadtbild, wie wir es heute kennen.

Nähe ist mehr:



Beratung von
8 – 20 Uhr



112 Filialen



Videoberatung



KundenService-
Center



Online-
Banking



Sparkassen-
App



Kwitt



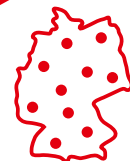
Foto-
überweisung



Mobiles
Bezahlen



Wunsch-PIN



Geldautomaten
bundesweit



Kontowecker



Online-Terminver-
einbarung



Kontowechsel-
service



paydirekt



und vieles mehr

Sie wollen auch mehr? Ganz einfach: lzo.com/wechsel

Unsere Nähe bringt Sie weiter.
Seit 1786. Und auch in Zukunft.

 **LZO**
meine Sparkasse